

EU-MONITORING

EU-Monitoring N° 1

Dezember 2021 / Januar 2022

IM FOKUS

Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2022

EUROPÄISCHE UNION

INSTITUTIONEN

Europäische Kommission | Europäischer Rat | Rat der EU
Europäisches Parlament | Europäischer Gerichtshof

INSTRUMENTE

Europäische Säule Sozialer Rechte
Konferenz zur Zukunft Europas | Kindergarantie

AKTUELLE THEMEN

Coronavirus-Pandemie & soziale Folgen |
Demokratie und Rechtsstaatlichkeit | Soziale Rechte
Kinder & Jugendliche | Ältere Menschen & Pflege
Gleichstellung der Geschlechter | Geschlechtsbezogene Gewalt
LGBTIQ* | Engagement

LESEEMPFEHLUNG

Neue Informationsblätter zur Europäischen Union

1 Im Fokus: Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2022

In unserer ersten Ausgabe des Jahres geben wir einen Überblick aus gesellschaftspolitischer Perspektive zum [Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2022](#) (veröffentlicht am 19. Oktober 2021, de). Unter der Überschrift „**Europa gemeinsam stärker machen**“ listet das Arbeitsprogramm kommende Initiativen zur weiteren Erreichung der Ziele der sechs politischen Leitlinien¹ der Kommission von der Leyen vor. Im [Anhang](#) (en) werden die Initiativen mit Angabe des geplanten Quartals (Q1-4) und Verbindlichkeit (legislativ, nicht-legislativ)² gelistet.

Ziel ist es, die Politik der Europäischen Union so zu gestalten, dass die Union gestärkt aus der Coronavirus-Pandemie hervorgeht. Insbesondere der grüne und digitale Wandel soll beschleunigt werden, um eine resiliente³ und gerechte Gesellschaft in Europa zu schaffen.

- Besonders hervorgehoben wird im Arbeitsprogramm das **Europäische Jahr der Jugend 2022**. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte bereits in ihrer [Rede zur Lage der Union 2021](#) (de) an, das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend auszurufen. Folglich hat die Kommission am 14. Oktober 2021 einen [förmlichen Vorschlag](#) (de) für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates angenommen. Das Europäische Parlament und der Rat nahmen am 22. Dezember 2021 eine [gemeinsame Entscheidung](#) (en) für die Durchführung eines Europäischen Jahres der Jugend an. Im Rahmen der Entscheidung wurde ein operativer Mindesthaushalt von acht Millionen Euro für die Durchführung angesetzt sowie festgelegt, dass die Europäische Kommission bis Ende 2023 einen Bericht über die Ergebnisse und Gesamtbewertung des Jahres der Jugend vorlegt. Die **Leitziele** des Jahres sind laut Kommission (siehe auch [hier](#), de):
 - Die jüngere Generation, die die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie besonders hart getroffen haben, zu würdigen und angesichts der Herausforderungen des **ökologischen und digitalen Wandels zu unterstützen**.

¹ 1) Europäischer Grüner Deal, 2) Ein Europa für das digitale Zeitalter, 3) Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen, 4) Ein stärkeres Europa in der Welt, 5) Förderung unserer europäischen Lebensweise, 6) Neuer Schwung für die Demokratie in Europa. Siehe: https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024_de#priorities.

² Legislative Maßnahmen oder Rechtsakte: Verordnungen, Richtlinien, Beschlüsse, die im Rahmen des in den EU-Verträgen beschriebenen ordentlichen oder besonderen Gesetzgebungsverfahrens verabschiedet werden. Nicht-legislative Maßnahmen oder Rechtsakte ohne Gesetzescharakter sind beispielsweise Empfehlungen, Stellungnahmen oder Strategien.

³ Im Wortsinn bedeutet Resilienz die Fähigkeit „zurückzuspringen“ (en: bounce back). Das heißt, nach Belastungen oder Störungen in das Ausgangsstadium zurückzukehren. Resilienz von Gesellschaften ist insbesondere im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie spannend und wird beispielsweise vom [Fraunhofer-Institut](#) erforscht: <https://www.isi.fraunhofer.de/de/blog/2020/resilienz-corona-krise.html>.

- **Benachteiligten Gruppen**, beispielsweise aus ländlichen oder abgelegenen Gebieten oder schutzbedürftige Gruppen, gesellschaftliche und politische Partizipation ermöglichen.
- Möglichkeiten für junge Menschen zu erweitern, beispielweise durch die Umsetzung des Aufbauplans [NextGenerationEU](#) (de), der hochwertige **Arbeitsplätze sowie Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten** verspricht.
- Die **Vorstellungen und Überzeugungen junger Menschen**, die im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas eingebracht wurden, einzubeziehen und zu nutzen, um die Europäische Union voranzubringen.

Zur **Umsetzung dieser Ziele** sollen Synergien mit anderen EU-Programmen für junge Menschen genutzt werden, beispielweise mit Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums, Forschungs- und Innovationsprogramme oder Kohäsions- und Klimaschutzmaßnahmen. Die Kommission kündigt außerdem an, einen Aktionsplan für die Jugend im Bereich des Auswärtigen Handelns vorzulegen. Weiterhin startet im Jahr 2022 das neue [Programm ALMA](#) (Aim, Learn, Master, Achieve – Anvisieren, Lernen, Meistern, Ankommen, de), das länderübergreifende berufliche Mobilität benachteiligter junger Menschen fördern soll. Die Rahmung bilden die bestehende [EU-Jugendstrategie 2019–2027](#)⁴ (de) sowie die [Konferenz zur Zukunft Europas](#) (de), die 2022 ihre Schlussfolgerungen vorlegen wird. Hier sind die Europäischen Bürgerforen sowie die Plenarversammlung zu einem Drittel mit jungen Menschen besetzt.

- Unter der Priorität „Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen“ nennt das Arbeitsprogramm den **Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte**, für dessen Umsetzung sich die Kommission weiter einsetzen wird. Hierzu gehören insbesondere der Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen, faire Arbeitsbedingungen, umfangreicher Sozialschutz und ein gutes Verhältnis von Berufs- und Privatleben. Ebenfalls in 2022: Die EU-Mitgliedstaaten müssen die Bestimmungen der 2019 erlassenen Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige bis spätestens 2. August 2022 in nationales Recht umsetzen.⁵
- Unter der Priorität „Förderung unserer europäischen Lebensweise“ wird eine neue **europäische Strategie für Pflege und Betreuung** angekündigt, die von Kinderbetreuung bis Langzeitpflege verschiedene Bedürfnisse sowohl von Pflegepersonen als auch Pflegebedürftigen abdecken wird. Gemeinsam mit dem Vorschlag zur Strategie soll

⁴ Die EU-Jugendstrategie ist auf Grundlage der [Entscheidung des Rates vom 26. November 2018](#) (de) der Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in der EU von 2019–2027: https://europa.eu/youth/strategy_de (de). Die Strategie ist strukturiert nach den drei Kernbereichen Beteiligung, Begegnung, Befähigung und beinhaltet eine Reihe von Maßnahmen wie beispielsweise den [EU-Jugenddialog](#) (en).

⁵ Weitere Informationen: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/work-life-balance/> (de).

ebenfalls eine Überarbeitung der Barcelona-Ziele⁶ angestoßen werden sowie ein Vorschlag für eine **Empfehlung zum Thema Langzeitpflege** an den Rat gehen (nicht-legislativ, Q3).

- Unter der Priorität „Neuer Schwung für die Demokratie in Europa“ kündigt die Kommission an, in kommenden Berichten über die **Rechtsstaatlichkeit** erstmals spezifische Empfehlungen an die Mitgliedstaaten zu richten. Insbesondere gegen Ungarn und Polen laufen derzeit Artikel-7-Verfahren und Vertragsverletzungsverfahren unter anderem aufgrund von Verstößen gegen die Unabhängigkeit der Justiz und gegen die Rechte von LGBTIQ*-Personen (siehe auch EU-Monitoring N° 7 & 9 / 2021). Weiterhin soll die **Union der Gleichheit** und der Schutz von Diskriminierung oder Gewalt aus Gründen der sexuellen Ausrichtung, Geschlechtsidentität, geschlechtliche Ausdrucksform, Geschlechtsmerkmale, ethnischer Herkunft, Religion, Behinderung oder Alter weiter gestärkt werden. Hierzu wird die Kommission 2022 Maßnahmen vorschlagen, um
 - die Rolle und Unabhängigkeit von Gleichstellungsstellen zu stärken (legislativ, Q3), siehe auch [2.1.1 Europäische Kommission](#).
 - die Anerkennung der Elternschaft zwischen den Mitgliedstaaten zu verbessern und justizielle Zusammenarbeit beim Schutz schutzbedürftiger Erwachsener in grenzüberschreitenden Situationen zu verstärken (legislativ, inkl. Impact Assessment, Q3).
 - Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen und vorzubeugen, insbesondere Verbesserung der Prävention schädlicher Praktiken gegen Frauen und Mädchen.

⁶ Der Europäische Rat legte auf seiner Tagung in Barcelona 2002 fest, dass die Mitgliedstaaten 1) Hemmnisse beseitigen sollen, die Frauen an einer Beteiligung am Erwerbsleben abhalten und 2) nach Maßgabe der Nachfrage nach Kinderbetreuungseinrichtungen bis 2010 für mindestens 90 Prozent der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter und für mindestens 33 % der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung stellen sollen. Diese Ziele werden als Barcelona-Ziele bezeichnet [Bericht der Europäischen Kommission zu den Barcelona-Zielen von 2013](#) (de).

2 Europäische Union

2.1 Institutionen

2.1.1 Europäische Kommission

- Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament haben am 26. Januar ein [Spezial-Eurobarometer](#) (en, „Report“ in de verfügbar) mit dem **Themenschwerpunkt der Zukunft Europas** veröffentlicht, angelehnt an die Schwerpunktthemen der Konferenz zur Zukunft Europas (siehe [2.2.3 Konferenz zur Zukunft Europas](#)). [Pressemitteilung](#) (de).
- Am 13. Januar legte die Europäische Kommission einen **Vorschlag für eine Ratsempfehlung** zum Thema [mobility of young volunteers across the European Union](#) (en) vor: [Pressemitteilung](#) (de). Somit wurde bereits eine der ersten konkreten Initiativen im Europäischen Jahr der Jugend (siehe [Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2022](#)) vorgelegt. Die Empfehlung soll die transnationalen Freiwilligentätigkeiten im Rahmen des Europäischen Solidaritätskorps oder nationaler Programme erleichtern. Noch bestehende Hindernisse für die Mobilität sollen abgebaut werden und Lessons Learnt aus der in 2022 fünfjährigen Laufzeit des Europäischen Solidaritätskorps Berücksichtigung finden.
- Die Europäische Kommission plant ein Gesetz zur Schaffung **nationaler Mindeststandards für nationale Gleichbehandlungsstellen** in den europäischen Staaten. Die Vorgaben der verschiedenen Antidiskriminierungsrichtlinien in den Staaten sollen vereinheitlicht und die Gleichbehandlungsstellen dadurch gestärkt werden. Dafür hat die Kommission eine [Konsultation](#) (de) zur aktuellen Situation der Antidiskriminierungsstellen sowie zu Verbesserungsvorschlägen gestartet. Die Konsultation läuft noch bis zum 18. März 2022.

2.1.2 Europäischer Rat

- Die Staats- und Regierungsspitzen der EU diskutierten am 16. Dezember 2021 die aktuellen Entwicklungen der Coronavirus-Pandemie sowie die Themen Krisenmanagement und Resilienz sowie Außenbeziehungen, einschließlich der Lage in Belarus. Weitere Themen waren Sicherheit und Verteidigung, Migration und Energiepreise. [Zusammenfassung](#) (de) des Europäischen Rats.
- Das nächste offizielle Treffen des Europäischen Rates findet am 24. und 25. März statt: Informationen werden vorab [hier](#) (de) veröffentlicht.
- Zudem findet im Vorfeld der Sitzung, am 23. März, der **Dreigliedrige Sozialgipfel** statt: Informationen werden vorab [hier](#) (de) veröffentlicht. Das Dialogforum der EU-Institutionen und europäischen Sozialpartnern tritt jeweils im Vorfeld der Frühjahrs- und

Herbstsitzung des Europäischen Rates zusammen. Den Vorsitz haben der Präsident des Europäischen Rates, die Präsidentin der Europäischen Kommission und der/die Staats-/Regierungschef*in des Landes, das die Ratspräsidentschaft innehat.

2.1.3 Rat der EU

2.1.3.1 Französische Ratspräsidentschaft (1. Januar bis 30. Juni 2022)

Mit dem Beginn der französischen Ratspräsidentschaft am 1. Januar 2022 beginnt die nächste **Trio-Präsidentschaft Frankreich–Tschechische Republik–Schweden**. Die Schwerpunktthemen und konkreten gesellschaftspolitischen Vorhaben des [Achtzehnmonatsprogramm des Rates](#) (de) sowie die Leitlinien und konkreten gesellschaftspolitischen Vorhaben des offiziellen Programms [„Aufschwung, Stärke, Zugehörigkeit“](#) (de) finden Sie im [EU-Monitoring – Fokus: EU-Ratspräsidentschaft](#) (de).

- Am 11. Januar richteten die **Europäische Bewegung Deutschland e. V. (EBD)** und die **Französische Botschaft in Deutschland** ein EBD Briefing zur Französischen EU-Ratspräsidentschaft aus. Ein [Live-Mitschnitt](#) (de) ist auf YouTube verfügbar.

Die EBD [kritisierte](#) (de) insbesondere, dass die Konferenz zur Zukunft Europas nicht verlängert wird, zumal bisher keine konkreten Reformen, hervorgehend aus dem Prozess, geplant sind. Dies werde dem ursprünglichen Gedanken als Impulsgeber und Zukunftskonferenz nicht gerecht. Siehe auch [2.2.3 Konferenz zur Zukunft Europas](#).

- Anlässlich der angekündigten Veröffentlichung der Europäischen Kommission zweier Rechtsetzungsinitiativen zum Umgang mit Gewalt gegen Frauen beziehungsweise zur Erweiterung der sogenannten „Eurocrime“-Liste⁷ fand am 27. Januar eine Konferenz zum Thema [Hass, Diskriminierung, geschlechtsbezogene Gewalt – Umgang der Justiz mit den heutigen Ausprägungen von Intoleranz](#) (de) statt.
- Ebenfalls am 27. Januar fand eine High-Level-Konferenz zum Thema [wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen als Voraussetzung für die Gleichberechtigung](#) (de), die sich thematisch auf die Umsetzung der im März 2020 veröffentlichten [Gleichstellungsstrategie 2020–2025 der Europäischen Kommission](#) (de) im Bereich „Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt“ bezog ([Hintergrundmeldung](#) und [Pressemitteilung](#), de).

⁷ In der Eurocrime-Liste werden Straftaten aufgelistet, die in Artikel 83 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgehalten sind.

- **Veranstaltungshinweise:**
 - Am 3. März findet die Veranstaltung [Ein feministisches Europa: Welche Herausforderungen stellen sich unter der französischen EU-Ratspräsidentschaft?](#) (de).
 - Am 9. und 10. März findet das [Equality Forum: Lösungen für Geschlechtergleichstellung in Europa](#) (de) statt.

2.1.3.2 Slowenische Ratspräsidentschaft (1. Juli bis 31. Dezember 2021)

Slowenien hat am 31. Dezember 2021 die Ratspräsidentschaft an Frankreich übergeben. Damit endet die Trio-Präsidentschaft Deutschland–Portugal–Slowenien.

- Gesellschaftspolitische Erfolge im Rahmen der slowenischen Ratspräsidentschaft werden auf der [offiziellen Webseite](#) (de) aufgeführt. Es gibt außerdem die Übersicht [Der Slowenische Vorsitz in Zahlen](#) (de).
- Das **slowenische Ministerium für Arbeit, Familie, Soziales und Chancengleichheit**, die **AGE Platform Europe** und der **Verband der Rentnervereinigungen Sloweniens** (ZDUS) haben im Nachgang zur digitalen Konferenz [Human rights for all ages: Promoting a lifecourse approach and intergenerational cooperation to combat ageism](#) (en) vom 18. November 2021 im Rahmen der slowenischen Ratspräsidentschaft auf der [Veranstaltungsw Webseite](#) (de) einen [Videomitschnitt](#) (en) der Veranstaltung und die gezeigten Präsentationen (en) online gestellt sowie [Schlussfolgerungen der Konferenz](#) (en) veröffentlicht.

2.1.3.3 Rat der Europäischen Union für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO)

Der EPSCO-Rat tagte am 6. und 7. Dezember zu den Schwerpunkten Beschäftigung und Soziales sowie Gesundheit. Im Bereich Beschäftigung und Soziales wurden die Themen Mindestlöhne, Lohntransparenz, Nachhaltige Arbeit im Laufe des gesamten Lebens, die Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf die Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt sowie Gleichbehandlung und das Europäische Semester besprochen. [Zusammenfassung](#) (de) des Rates. Die Dezember-Sitzung war die letzte Sitzung der Ratsformation unter der slowenischen Ratspräsidentschaft: [Pressemitteilung](#) (de) des Vorsitzes.

- Der Rat einigte sich auf einen Standpunkt zum Entwurf einer Richtlinie über Lohntransparenz mit dem **Ziel der Beseitigung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles**: [Pressemitteilung](#) (de). Der [Vorschlag für die Richtlinie](#) (de) wurde am 4. März 2021 seitens der Kommission vorgelegt. Wenn das Europäische Parlament seinen Standpunkt ebenfalls festgelegt hat, werden der Rat und das Parlament in Verhandlungen über einen gemeinsamen Text treten.

- Der Rat nahm [Schlussfolgerungen zu den Auswirkungen der künstlichen Intelligenz auf die Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt \(de\)](#) an. In den Schlussfolgerungen fordert der Rat die Mitgliedstaaten unter anderem auf, zu gewährleisten, dass beim **Einsatz von KI in der Personalverwaltung die Transparenz und die Gleichstellung der Geschlechter** sichergestellt wird, insbesondere in den Bereichen Bezahlung, Ausbildung, Zugang zu Beförderungen und Laufbahnentwicklung.
- Weiterhin wurde vom slowenischen Vorsitz ein [Fortschrittsbericht zum Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Anwendung des Grundsatzes der Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung \(de\)](#) vorgelegt.

Das nächste offizielle Treffen des EPSCO-Rates findet am 14. März statt: Informationen werden vorab [hier \(de\)](#) veröffentlicht.

Am 14. und 15. Februar findet eine informelle Tagung mit dem Schwerpunkt Arbeit, Beschäftigung und Soziales statt, welche üblicherweise vom neuen Vorsitz organisiert wird: [Informationen \(de\)](#) auf der Seite der französischen Ratspräsidentschaft.

2.1.3.4 Rat der Europäischen Union für Bildung, Jugend, Kultur und Sport

Am 27. Januar fand eine informelle Tagung der Minister*innen für Jugend und Bildung statt, welche üblicherweise zu Beginn eines neuen Vorsitzes von diesem organisiert wird. Der Austausch wurde von den Jugendabgeordneten während der europäischen Jugendkonferenz vom 25. bis 26. Januar vorbereitet und Jugendvertreter*innen dem Treffen des Rates digital zugeschaltet. Die Ergebnisse der gemeinsamen Diskussion werden in die nächste Runde des [Jugenddialoges \(de\)](#) aufgenommen. Pressemitteilungen der [französischen Ratspräsidentschaft \(en\)](#) und des [BMFSFJ \(de\)](#).

Das nächste offizielle Treffen der Ratsformation für Bildung, Jugend, Kultur und Sport findet am 4. und 5. April 2022 statt: Informationen werden vorab [hier \(de\)](#) veröffentlicht.

2.1.4 Europäisches Parlament

Wechsel des Präsidiums des Europäischen Parlaments⁸

Am 18. Januar wurde Roberta Metsola, Abgeordnete der Europäischen Volkspartei (EVP; en: European People's Party, EPP), mit einer absoluten Mehrheit von 458 von 690 abgegebenen Stimmen zur neuen Präsidentin des Europäischen Parlaments gewählt. Sie ist die jüngste Präsidentin und erst die dritte Frau auf diesem Posten.

- [Pressemitteilung](#) (de) des Europäischen Parlaments zur Wahl von Roberta Metsola
- [Webseite von Roberta Metsola](#) (en) als Präsidentin des Europäischen Parlaments
- [Infografik zum Präsidium des EU-Parlaments: Wer ist wer?](#) (de)

Tod von David Sassoli

Am 11. Januar, wenige Tage vor der Wahl des neuen Präsidiums des Europäischen Parlaments, verstarb der Inhaber des Amtes für die erste Hälfte der Legislaturperiode, David Sassoli. Das Europäische Parlament hielt eine [Gedenkfeier](#) (de) ab und veröffentlichte einen [kurzen Film über seine Präsidentschaft](#) (it, en).

Plenarsitzung

Das europäische Parlament trat vom 17. bis 20. Januar zur Plenarsitzung zusammen. Neben der Gedenkfeier für David Sassoli und der Wahl des Präsidiums, gab es die folgende [Tagesordnung](#) (de):

- Der französische Präsident Emmanuel Macron präsentierte die wichtigsten Ziele und die politische Strategie für die französische Ratspräsidentschaft. [Pressemitteilung](#) (de) des Europäischen Parlaments und [Videomitschnitt](#) (de) der Rede Macrons. Siehe auch [2.1.3.1 Französische Ratspräsidentschaft](#).
- Es fand eine Aussprache zum Thema **Beschäftigung und soziale Erholung nach der Pandemie zur Stärkung der jungen Menschen in der EU** statt: [Protokoll](#) (de/en). Über eine entsprechende Resolution („Empowering European Youth: post-pandemic employment and social recovery“), entworfen vom Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL), wird im Februar abgestimmt.

⁸ Das Präsidium des Europäischen Parlaments ist das administrative Leitungsorgan und zuständig für den Haushalt sowie für Personal- und Organisationsfragen. Neben der Präsidentin gehören dem Präsidium ebenfalls 14 Vizepräsident*innen und fünf Quästor*innen an. Alle Mitglieder des Präsidiums werden vom Europäischen Parlament für eine Amtszeit von 2,5 Jahren gewählt, das heißt jeweils zu Beginn und zur Hälfte einer Legislaturperiode. Im Rahmen einer Vereinbarung, die nach der Europawahl 2019 bei der Vergabe hochrangiger Posten getroffen worden war, hatten sich die Progressive Allianz der Sozialisten & Demokraten (S&D), deren Abgeordneter David Sassoli zuletzt den Präsidenten gestellt hatte, mit der EVP darauf geeinigt, dass der Posten für die zweite Hälfte der Legislaturperiode an die EVP gehen sollte. Dies war bis zuletzt umstritten: [POLITICO](#) (en).

Weiteres

- Der **Wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments** (EPRS) verschafft in dem Dokument [Zehn Themen, die 2022 im Fokus stehen werden](#) (de) einen Überblick über die Schwerpunktthemen des neuen Jahres. Ein Thema, das 2022 im Fokus stehen wird, ist demnach die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen. Ungleichheiten, die im Zuge der Coronavirus-Pandemie sogar noch verschärft wurden, gilt es im neuen Jahr anzugehen, um einen weiteren Schritt in Richtung einer Union der Gleichstellung zu gehen.

Die nächste Plenarsitzung findet vom 14. bis 17. Februar statt: [Tagesordnung](#) (de/en).

2.1.5 Europäischer Gerichtshof

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat die **Rechte gleichgeschlechtlicher Ehepaare und deren Kinder** gestärkt. Nach einem am 14. Dezember verkündeten Urteil ([Pressemitteilung](#), de) muss das Herkunftsland eines Elternteils die dortige Staatsangehörigkeit auch für das Kind anerkennen. Dafür reicht die rechtliche Elternschaft aus. Der EuGH unterstützt damit die EU-Kommission, die im Rahmen ihrer [LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie 2020–2025](#) (de) eine Gesetzgebungsinitiative zur gegenseitigen Anerkennung von Elternschaft in Regenbogenfamilien vorlegen möchte.

Reaktion von zivilgesellschaftlichen Organisationen:

- [COFACE Families Europe](#) (en)
- [ILGA Europe](#) (en)
- [Lesben- und Schwulenverband Deutschlands](#) (de)

2.2 Instrumente

2.2.1 Europäische Säule Sozialer Rechte

Die [Europäische Säule sozialer Rechte](#) (de) wurde am 17. November 2017 von Parlament, Rat und Kommission unter Jean-Claude Juncker proklamiert und soll soziale Rechte für Bürgerinnen und Bürger aufbauend auf 20 Grundsätzen der drei Dimensionen 1) Chancengleichheit und Arbeitsmarktzugang, 2) Faire Arbeitsbedingungen sowie 3) Sozialschutz und soziale Inklusion gewährleisten.

Die Nachfolgerkommission von der Leyen hat am 4. März 2021 einen [Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte](#) (en) veröffentlicht, der neue soziale Leitziele bis 2030 in den Bereichen der Säule festlegt.

- **Veranstaltungshinweis:** Das **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)** und die **Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa** laden Sie herzlich zu unserer **Veranstaltungsreihe zum Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte „Für ein starkes und gerechtes Europa“** mit einem Fokus auf gesellschaftspolitische Aspekte in Deutschland und Europa ein.

Die Veranstaltungsreihe richtet sich an europäische und nationale Stakeholder aus Politik und Zivilgesellschaft. Ziel ist der Wissens- und Erfahrungsaustausch zu den verschiedenen Vorhaben des Aktionsplans und unterschiedlichen Politikansätzen aus den Mitgliedstaaten.

Die digitale Auftaktveranstaltung findet am Dienstag, den 22. Februar 2022, von 13:50 bis 15:45 Uhr, mit Bundesministerin Anne Spiegel in englischer Sprache statt. Hier geht es zur [Anmeldung](#) (bis 15. Februar 2022).

Weitere drei vertiefende Fachveranstaltungen zu den Themen Gleichstellung der Geschlechter, soziale Rechte von Kindern sowie LGBTIQ*-Personen folgen im Verlauf des Jahres.

- Die **Hans-Böckler-Stiftung** hat die Studie [The lights of Porto: The EU social season and its aftermath](#) (en) veröffentlicht. Darin werden die Entwicklungen des sozialen Europas im vergangenen Jahr analysiert, insbesondere auch der Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte.

2.2.2 Konferenz zur Zukunft Europas

Zu Beginn ihrer Amtszeit kündigte Kommissionspräsidentin von der Leyen an, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der EU-Politik im Rahmen einer Konferenz zur Zukunft Europas stärken zu wollen. Der Prozess startete am 9. Mai 2021 und soll voraussichtlich in der ersten Hälfte 2022 in Form einer Abschlusskonferenz mit konkreten Ergebnissen enden. Wichtigstes Element sind die Europäischen Bürgerforen, bei denen eine repräsentative Anzahl und Zusammensetzung von Bürgerinnen und Bürgern zu konkreten Themen beraten. Informationsgrafiken zum [Ablauf](#) der Konferenz sowie [provisorische Terminliste](#) (alle en).

Am 22. und 23. Januar fand das **dritte Plenum der Konferenz zur Zukunft Europas** statt: [Pressemitteilung](#) (de) der Europäischen Kommission. 200 Europäer*innen tauschten sich über 90 bislang eingereichte Empfehlungen von Bürger*innen in den entsprechenden Foren zu den Bereichen „Europäische Demokratie/Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ sowie „Klimawandel, Umwelt/Gesundheit“ aus.

- Das **Forum 2** „Europäische Demokratie/Werte und Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Sicherheit“ legte auf seiner Abschlussitzung vom 10. bis 12. Dezember seine Empfehlungen (de, [herunterzuladen unter „einschlägige Dokumente“](#)) fest. Die Empfehlungen decken die Bereiche Rechte und Nichtdiskriminierung gewährleisten, Demokratie und

Rechtstaatlichkeit schützen, Reform der EU, Aufbau der europäischen Identität und Stärkung der Bürgerbeteiligung ab.

- Das **Forum 3** „Klimawandel und Umwelt/Gesundheit“ legte auf seiner Abschlussitzung vom 7. bis 9. Januar seine Empfehlungen (de, herunterzuladen unter „[einschlägige Dokumente](#)“) fest. Die Empfehlungen decken die Bereiche Besser Leben, Schutz von Umwelt und Gesundheit, Neuausrichtung von Wirtschaft und Konsum, in Richtung nachhaltige Gesellschaft und Fürsorge für alle ab.
- Die jeweils dritte und somit abschließende Sitzung mit Veröffentlichung der Empfehlungen des **Forum 1** „Eine stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit und Beschäftigung/Bildung, Kultur, Jugend und Sport/digitaler Wandel“ (25.-27. Februar) und **Forum 4** „Die EU in der Welt/Migration“ (11.-13. Februar) stehen noch an.
- **Nächste Schritte:** Nachdem alle Empfehlungen vorgelegt und mit den Bürger*innen diskutiert worden sind, legt die [Plenarversammlung](#) (de) dem [Exekutivausschuss](#) (de) ihre Vorschläge einvernehmlich vor. Der Exekutivausschuss erstellt anschließend einen Bericht in Zusammenarbeit mit der Plenarversammlung.
- **Veranstaltungshinweis:** Das **European Youth Forum** veranstaltet über die Plattform zur Konferenz zur Zukunft Europas am 24. Februar ein eintägiges Online-Event [Young people shape the future of Europe](#) (en), bei dem junge Menschen sich mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments und einiger nationaler Parlamente austauschen und ihre konkreten Vorstellungen zu den Politikbereichen der vier Bürgerforen einbringen können: [Anmeldung](#)⁹ (en).
- **Veranstaltungshinweis:** Am 2. März organisiert die **Europa-Union Deutschland** (EUD) den Online-Bürgerdialog [Die EU und Corona – Besser zusammen oder jeder für sich?](#) als einen der EUD-Bürgerdialoge, deren Ergebnisse auf der Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas eingespeist werden: [Anmeldung](#) (de).

2.2.3 Kindergarantie

Ziel einer europaweiten [Kindergarantie](#) (en) ist die Bekämpfung von Kinderarmut durch die Gewährleistung des Zugangs aller Kinder in Europa zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen in fünf Bereichen: frühkindliche Bildung und Entwicklung, Bildung, Gesundheit, Ernährung und Wohnen. Die [Empfehlung zur Einführung einer Europäischen Garantie für Kinder](#) (de) wurde am 14. Juni 2021 durch die EU-Mitgliedstaaten im EPSCO-Rat angenommen. Weitere Informationen finden sich auf [der Webseite der Beobachtungsstelle](#) (de).

- **UNICEF** hat zur seit Sommer 2020 laufenden Phase 3 der Machbarkeitsstudie zur Kindergarantie im November ein [programmatisches Update](#) (en) veröffentlicht. In dieser

⁹ https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSeWXh549txQNCCS_WV29BIZ74TJJ5xiQf7FxFVRE-WxtsFff2A/viewform

Phase, die UNICEF für die EU umsetzt, werden innovative Ansätze zur Bekämpfung von Kinderarmut in sieben Pilotstaaten getestet. Für [Deutschland](#) (de/en), [Litauen](#) (en) und [Spanien](#) (en) wurden bereits vertiefende Analysen veröffentlicht. Für Bulgarien, Italien, Griechenland und Kroatien werden diese noch erwartet. Die Phase 3 soll diesen Sommer abgeschlossen werden.

- Der **Deutsche Verein** hat im Dezember eine [Stellungnahme zur Europäischen Garantie für Kinder und zur Erstellung des deutschen Aktionsplans](#) (de) veröffentlicht.
- Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen** hat im Dezember eine Empfehlung für die Umsetzung der Kindergarantie in Deutschland für den Bereich Ernährung (de/en) und im Januar eine Empfehlung für den Bereich Gesundheit (de/en) veröffentlicht. Die Empfehlungen wurden im Rahmen einer Reihe von [Fachgesprächen](#) (de) erstellt, in denen einzelne Themenbereiche der Kindergarantie und deren Umsetzung in Deutschland diskutiert wurden.
- **Eurochild** hat den Bericht [Ensuring the European Child Guarantee helps end child poverty: Eurochild Taskforce Recommendations](#) (en) über die Situation von Kindern in Bulgarien, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien und Spanien veröffentlicht. Darin werden unter anderem auch Empfehlungen für die Gestaltung der Aktionspläne zur Implementierung der Kindergarantie gegeben.
- **Veranstaltungshinweis:** Vom 3. bis 4. März findet im Rahmen der französischen Ratspräsidentschaft (siehe [2.1.3.1](#)) eine [High-Level-Konferenz zur Einführung der Europäischen Garantie für Kinder](#) (de) statt.

3 Aktuelle Themen

3.1 Coronavirus-Pandemie & soziale Folgen

- Die **OECD** hat den Bericht [The pandemic has touched on every aspect of people's well-being](#) (en) über Einfluss und Konsequenzen der Coronavirus-Pandemie auf das menschliche Wohlergehen veröffentlicht. Dem Bericht, der sich auf die ersten 15 Monate nach Ausbruch der Pandemie bezieht, ist zu entnehmen, dass jeder einzelne Bereich, der zum Wohlbefinden eines Menschen beiträgt, durch die Pandemie maßgeblich beeinflusst wurde. So sank beispielsweise die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen innerhalb der OECD-Länder im Jahr 2020 um 7 Prozent und mehr als ein Viertel der Bevölkerung gilt als unmittelbar gefährdet, an Depressionen oder Angststörungen zu erkranken. Hervorgehoben wird zudem, dass negative Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie je nach Geschlecht, Alter oder sozialer Klasse stark variieren können und eine bessere Datenlage benötigt wird, um politische Ansätze für eine Genesung nach der Pandemie entwickeln zu können.

3.2 Demokratie und Rechtstaatlichkeit

- Am 28. Januar richteten die **Universität Leipzig** und das **sächsische Ministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung** eine **Trinationale Rechtsstaatskonferenz** aus: [Veranstaltungswbseite](#) (en). Vertreter*innen aus Justiz, Politik und Wissenschaft aus Polen, Tschechien und Deutschland diskutierten mit dem Ziel, die Entwicklung eines gesamteuropäischen Rechtsstaatsverständnisses zu unterstützen und Lösungen in der Rechtsstaatsdebatte zu finden.

Ein [Mitschnitt der gesamten Veranstaltung](#) (de, gedolmetscht) wurde auf dem YouTube-Kanal des Freistaates Sachsen hochgeladen – insbesondere: Panel 1 zu den Grundlagen und Herausforderungen des Konzeptes Rule of Law ab Zeitstempel 0:31, Keynote zum Thema Ernennung von Richter*innen im Dreieck von Politik, Unabhängigkeit und Professionalität von Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Rennert, ehem. Präsident des Bundesverwaltungsgerichts ab Zeitstempel 2:33.

- Der [Sonderausschuss zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation](#) (en; Special Committee for foreign interference in all democratic processes in the EU, including disinformation (INGE)) des Europäischen Parlaments hat am 25. Januar seine Untersuchungen beendet und [abschließende Empfehlungen](#) (en) angenommen, über die im März 2022 in der Plenarsitzung abgestimmt werden.
 - Die Abgeordneten warnen, dass die Europäische Öffentlichkeit und Regierungen sich des Ausmaßes und der Schwere der Bedrohung durch ausländische autokratische Regime, insbesondere Russland und China, in schockierendem Umfang nicht bewusst seien. Die unzureichende Verteidigung mache es diesen Akteuren zu einfach, kritische Infrastrukturen zu übernehmen, Cyberangriffe durchzuführen und die öffentliche Debatte zu polarisieren.
 - Berichterstatterin des INGE Komitees, Sandra Kalniete (EPP, Lettland) [kritisierte](#) (en) weiterhin im Rahmen der Plenarsitzung, dass der Europäische Auswärtige Dienst bisher keine weiteren Ressourcen für die Task Force „Stratcom“ angefordert hat. Die East StratCom Task Force im Europäischen Auswärtigen Dienst leitet beispielsweise die „EU vs Disinformation“ Kampagne. Im Rahmen dieser Kampagne deckt die Webseite <https://euvsdisinfo.eu/de/> gezielte Desinformation kremlfreundlicher Medien auf und stellt diese mit Fakten richtig.
 - Am 27. Januar legten die Online-Plattformen Google, Facebook, Microsoft, TikTok und Twitter [Berichte](#) (en) ihrer Maßnahmen gegen falsche und irreführende Informationen zur Coronavirus-Pandemie für November und Dezember vor. Die Netzwerke sind Unterzeichner des [Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation](#) (en) und berichten regelmäßig. [Zusammenfassung](#) (de) der Haupteckkenntnisse.

3.3 Soziale Rechte

- Im Dezember hat **Solidar** den [Social Rights Monitor 2021](#) (en) veröffentlicht. Dieser informiert über den Stand der Umsetzung sozialer Rechte aus der Sicht zivilgesellschaftlicher Organisationen in unter anderem 13 EU-Mitgliedstaaten Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Dänemark, Estland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Italien, Luxemburg, Spanien und den Niederlanden. Die Berichte in den jeweiligen Landersprachen können [hier](#) abgerufen werden.
- **Veranstaltungshinweis:** Vom 7. bis 16. Februar findet die **UN Sozialentwicklungskommission** ([CSocD60](#), en) statt. Sie zählt als zum Bereich des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen und hat die Aufgabe, soziale Ungleichheiten in der Welt abzubauen.

3.4 Kinder & Jugendliche

- Der **UN-Ausschuss für die Rechte** des Kindes hat einen [Entwurf](#) (en) für die **26. Allgemeine Bemerkung zu Kinderrechten und Umwelt mit einem besonderen Fokus auf Klimawandel** veröffentlicht. Eine öffentliche Konsultation, einschließlich Workshops mit Kindern und Jugendlichen, ist im Dezember 2021 gestartet und wird bis Oktober 2022 andauern. Bereits eingereichte [Beiträge](#) (en) von Staaten, unter anderem von [Deutschland](#) (en), sind online abrufbar. Die allgemeine Bemerkung soll im März 2023 veröffentlicht werden.

3.5 Ältere Menschen & Pflege

- Anlässlich des **Internationalen Tages für Menschen mit Behinderungen** am 3. Dezember hat **COFACE Families Europe** den Bericht [From words to actions. Shedding light on the S.H.I.F.T. towards meaningful inclusion in Europe](#) (en) veröffentlicht. Der Bericht enthält Beispiele, wie die Gleichstellung und Inklusion von Menschen mit Behinderungen und deren Familien vorangebracht werden kann.
- Die **AGE Platform Europe** hat im Dezember das Positionspapier [Care must empower us throughout our lives. Our views on change in care and support for older people](#) (en) veröffentlicht. Das Papier enthält die Ergebnisse einer Reihe von Workshops der AGE Platform Europe aus 2021, in denen dazu diskutiert wurde, wie Pflege neu gedacht werden kann.
- Die **Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen** (BAGSO) hat im Dezember 2021 die Ergebnisse einer Befragung ihrer Mitgliedsverbände und anderer zivilgesellschaftlicher Akteure zur Umsetzung des [Zweiten Weltaltensplans der Vereinten Nationen](#) (MIPAA) (en) in Deutschland bei der UN eingereicht (Stellungnahme, [de](#), [en](#)). Im November 2021 hatte die **Bundesregierung** einen nationalen Bericht ([de](#), [en](#)) ein-

gereicht. Beide Beiträge fließen in den regionalen Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE) ein, der im Sommer 2022 auf der UNECE-Ministerkonferenz in Rom thematisiert wird.

- Das **Centre for Ageing Better** hat im Dezember 2021 eine [Broschüre](#) (en) veröffentlicht, die Organisationen unterstützen soll, über das Altern zu sprechen ohne dabei negative Stereotype zu reproduzieren.
- Die **OECD** hat im Dezember den Bericht [Rising from the COVID 19 crisis: Policy responses in the long-term care sector](#) (en) veröffentlicht. Der Bericht befasst sich mit den Sterblichkeitsraten in Pflegeheimen sowie den politischen Maßnahmen, die während der Pandemie ergriffen wurden und hebt die gewonnenen Erkenntnisse zur Verringerung der Isolation, Teststrategien und Koordination im Gesundheitssektor hervor.
- Der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss** (EESC) hat im Januar die Initiativstellungnahme [Auf dem Weg zu einem neuen Betreuungsmodell für ältere Menschen: Lehren aus der COVID-19-Pandemie](#) (de, en) veröffentlicht.
- **UN Decade of Healthy Ageing** hat im Rahmen ihrer Veröffentlichungsreihe Connection Series, in der das Verhältnis von älteren Menschen und globalen Problemen aufgezeigt wird, im Januar den Policy Brief [The Decade in a Climate-changing World](#) (en) veröffentlicht. Vorherige Ausgaben (en) hatten [COVID-19](#) sowie die [Agenda 2030](#) zum Thema.
- Am 11. Januar 2022 fand die Abschlusskonferenz des von der EU-finanzierten Projekts [digitol](#) (Januar 2020–Dezember 2021) statt, welches zum Ziel hatte, Desinformation und Fake News in der EU durch einen intergenerationalen Ansatz zu verhindern sowie die digitale Kompetenz älterer Menschen zu verbessern. Ein [Veranstaltungsbericht](#) (en) ist auf der Webseite der AGE Platform veröffentlicht.
- **Veranstaltungshinweis:** Die **AGE Platform Europe** hat im Dezember 2021 das [AGE Barometer 2021](#) (en) zur sozioökonomischen Situation von älteren Menschen in Europa veröffentlicht. Die Ausgabe legt einen Fokus auf Bildung und lebenslanges Lernen, freiwilliges Engagement und intergenerationalen Austausch sowie Konsultation und Partizipation. Am 16. Februar findet eine Veranstaltung zur Veröffentlichung des AGE Barometer 2021 statt: [Anmeldung](#)¹⁰ (en).
- **Veranstaltungshinweis:** Vom 11. bis 14. April findet die 12. Sitzung der [Open-ended Working Group on Ageing der UN](#) (en) in New York statt. Im Zentrum stehen die Themen 1. der Beitrag Älterer zur nachhaltigen Entwicklung, 2. wirtschaftliche Sicherheit und im Rahmen eines möglichen internationalen Rechtsrahmens für ältere Menschen

¹⁰ <https://docs.google.com/forms/d/e/1FAIpQLSeaR39iYtQk8AKKCcfAtWtNF6wQW7JirJFiRmGRGRz8BdnWA/viewform>

das 3. Recht auf Arbeit und Zugang zum Arbeitsmarkt sowie 4. Zugang zur Justiz im Fokus.

Für interessierte Verbände gibt es zwei Möglichkeiten der Beteiligung: Verbände ohne UN-Beraterstatus können ihre Antworten auf die jeweiligen [Leitfragen](#) (en) rechtzeitig vor dem 15. Februar 2022 an die Geschäftsstelle Internationale Altenpolitik der BAGSO schicken: mvoelcker@bagso.de. Verbände mit UN-Beraterstatus können ihre Antworten außerdem direkt bei der UN einreichen: ageing@un.org.

3.6 Gleichstellung der Geschlechter

- Deutschland hat am 1. Januar 2022 den jährlich rotierenden **G7-Vorsitz** von Großbritannien übernommen ([offizielle Webseite](#), de). Schwerpunkte des **BMFSFJ** sind eine gerechte Verteilung von Care-Arbeit und Entgeltgleichheit, eine bessere Teilhabe von Frauen an Führungspositionen und Einsatz für die Rechte von LGBTIQ-Personen. Im Oktober soll ein eigenes Treffen der Gleichstellungsministerinnen und -minister in Berlin ausgerichtet werden ([BMFSFJ-Meldung](#), de).

Begleitend startete der **zivilgesellschaftliche Dialog Women 7** ([offizielle Webseite](#), de/en), den der **Deutsche Frauenrat** koordiniert. Ziel ist es, gleichstellungspolitische Forderungen in den G7-Prozess einzubringen und Geschlechtergerechtigkeit innerhalb der G7 über alle Ressorts hinweg in den Fokus zu rücken.

Hierfür entwickelt ein aus nationalen Expert*innen bestehendes Gremium einen ersten Entwurf von Forderungen an die G7. Bereits am 21. Dezember 2021 diskutierten Vertreter*innen nationaler Frauenverbände und der Zivilgesellschaft Schwerpunktthemen, die in den endgültigen Entwurf mit aufgenommen werden sollen. Der Entwurf wird die inhaltliche Diskussionsvorlage für die internationalen Verhandlungen bilden. Internationale Expert*innen, die sogenannten W7 Advisor, werden dann im Konsultationsprozess hinzugezogen und die finale Abschlusserklärung beim W7-Gipfel im Mai 2022 an die G7-Präsidentschaft übergeben.

- Das **Centre for Feminist Foreign Policy** (CFFP) hat im Januar den Policy Brief [Funding \(in\)equality? A comparative look at the funding landscape for pro-and anti-gender initiatives and campaigns in the European Union \(EU\)](#) (en) veröffentlicht. Bereits im Dezember 2021 hat das CFFP eine Veranstaltung zum Thema [The Transnational Anti-Gender Movement in the Wider Anti-Democratic Climate](#) (en) abgehalten. Die zentrale [Paneldiskussion](#) (en) wurde nun bei YouTube veröffentlicht.

3.7 Geschlechtsbezogene Gewalt

- Am 2. Dezember führte das **Europäische Institut für Gleichstellungsfragen** (EIGE) eine Konsultation zum Thema „Mapping cyber violence in the EU-27“ durch. Ein Teil

der Veranstaltung ist auf der [Facebook-Webseite](#) (en) von EIGE abrufbar. Die Konsultation ist Teil einer Studie von EIGE zum Thema [digitale Gewalt gegen Frauen](#) (en), in der Daten, Strategien, Forschung und statistische und rechtliche Definitionen von digitaler Gewalt gegen Frauen in Europa zusammengetragen werden sollen. Die Studie soll 2022 veröffentlicht werden.

- Das **Regional Office for Europe der Weltgesundheitsorganisation** (WHO) hat den Bericht [Responding to violence against women and children during COVID-19: impact on service provision, strategies and actions in the WHO European Region](#) (en) veröffentlicht ([Zusammenfassung Bericht](#), en; [Zusammenfassung Maßnahmen](#), en; [Infografik](#), en). Darin werden Maßnahmen von Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen für den Zeitraum Januar bis September 2020 in Europa dargestellt.
- **Women against Violence Europe** (WAVE) hat den [Country Report 2021](#) (en) veröffentlicht. Der Bericht erscheint alle zwei Jahre und untersucht das Unterstützungssystem bei Gewalt gegen Frauen im Sinne der Istanbul-Konvention in 46 europäischen Staaten in den Bereichen 1. Helplines, 2. Schutzunterkünfte, 3. Frauenzentren und 4. spezialisierte Dienste für Überlebende von sexueller Gewalt. In der diesjährigen Ausgabe wurden zudem die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf das Unterstützungssystem bei Gewalt gegen Frauen untersucht.
- Die **UN-Sonderbeauftragte zu Gewalt gegen Frauen**, Reem Alsalem, hat die eingegangenen [Beiträge](#) (en, unter „Inputs received“) von Staaten und zivilgesellschaftlichen Organisationen zur [Femicide Watch Initiative](#) (en) veröffentlicht. Die von ihrer Vorgängerin angestoßene Initiative beabsichtigt, durch das Sammeln vergleichbarer Daten zu Femiziden auf regionaler, nationaler und globaler Ebene, Schutzlücken besser zu erkennen und präventive Maßnahmen ergreifen zu können.
- Die Kampagne **16 Days of Activism** hat jeweils einen Advocacy Guide zu [Femiziden](#) (en) und zu [häuslicher Gewalt am Arbeitsplatz](#) (en) veröffentlicht.
- **Gender Based Violence Area of Responsibility** (GBV AoR) hat einen [Learning Brief](#) (en) zur Verbindung zwischen Klimawandel und geschlechtsbezogener Gewalt veröffentlicht. Der Bericht legt einen Fokus auf Staaten des globalen Südens, erklärt jedoch auch grundlegend die Verbindung zwischen Klimawandel und der Diskriminierung von Frauen und Gewalt gegen Frauen.

3.8 LGBTIQ*¹¹

- Am 11. Januar hat **ILGA-Europe** den Bericht [Funding to Meet Changing Realities – LGBTI Organisations on the State of Funding in Europe and Central Asia \(en\)](#) veröffentlicht. Die Erkenntnisse basieren auf den Antworten von 300 LGBTI-Organisationen in Europa und Zentralasien im Rahmen einer Befragung in 2021. Die Befragung zeigt, dass
 - circa ein Drittel der LGBTI-Organisationen mit einem Jahresbudget von unter 20.000 Euro arbeitet, sich aber gleichzeitig in einer Vielzahl von Aktivitäten für die Menschenrechte von LGBTI-Personen engagieren.
 - die Organisationen der gesamten Region im Rahmen des Ausbruchs der Coronavirus-Pandemie eingesprungen sind, um Dienstleistungslücken, die von den zuständigen Behörden hätten erbracht werden sollen, in der Community zu schließen.
 - jede zweite LGBTI-Organisation mit Stress und Burnout kämpft. Insgesamt gaben 84,9 Prozent der Organisationen an, mit Burnout-Symptomen konfrontiert zu sein – 49,7 Prozent aufgrund des Umstandes, nicht allen Hilfesuchenden helfen zu können, 46,1 Prozent als Reaktion auf den Ausbruch der Coronavirus-Pandemie und 43,6 Prozent aufgrund der Überlastung, zusätzlich auf externe Bedrohungen durch rechtspopulistische oder Anti-LGBTI oder Anti-Gender-Gruppierungen reagieren zu müssen.

3.9 Engagement

- Am 2. und 3. Dezember fand der **6. Deutsche EngagementTag** unter dem Motto „Zivilgesellschaft zwischen Krisen und Nachhaltigkeit: Neue Themen – Zukunft schaffen!“ statt. Die Veranstaltung wurde online vom BMFSFJ gemeinsam mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ausgerichtet. Hauptthemen waren die Stärkung und Schaffung langfristiger und stabiler Strukturen für bürgerschaftliches Engagement, Förderung von Inklusion und Austausch, aktive Mitgestaltung des digitalen Wandels durch die Zivilgesellschaft und die Zukunft des Engagements in Deutschland. Nun wurden die [Keynote und Zusammenfassungen der Workshops \(de\)](#) aufbereitet und veröffentlicht.
- Die **Europäische Grundrechtsagentur (FRA)** hat bereits im September 2021 eine umfassende Studie [Protecting civic space in the EU \(en\)](#) veröffentlicht, in der einige

¹¹ LGBTIQ* ist eine Abkürzung für die Begriffe lesbisch, schwul (im Englischen „gay“), bisexuell, trans*, inter* und queer und damit eine Abkürzung für sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten. Sollten in den Beiträgen die Schreibweise von LGBTIQ* abweichen, dann wurde diese abweichende Schreibweise vom Ursprungstext übernommen und kontextabhängig verwendet.

der größten Herausforderungen der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen zur Stärkung der Grundrechte aufgezeigt werden. Die Erkenntnisse der Studie basieren auf mit zivilgesellschaftlichen Organisationen durchgeführten Online-Konsultationen.

4 Leseempfehlungen

- Das **Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union** hat die folgenden Publikationen veröffentlicht:
 - In der Broschüre [Ein kurzer Leitfaden zur EU \(de\)](#) wird die Europäische Union überblicksartig vorgestellt.
 - Die Broschüre [Pioniere der EU – Wegbereiter des heutigen Europas stellt verschiedene Führungspersönlichkeiten \(de\)](#) vor, deren Ideen und Visionen das Europa prägen, in dem wir heute leben.
 - Die Broschüre [Variety on the plate – Traditions and recipes of the European culinary culture \(en/sk\)](#) bietet nicht nur eine Zusammenstellung von Rezepten aus verschiedenen europäischen Ländern, sondern verschafft auch Einblicke in eine nachhaltige Lebensmittelindustrie oder Agrarpolitik.

Die **Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa** ist ein Projekt des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., welches aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird. Sie widmet sich in ihrer Arbeit der europäisch-vergleichenden Analyse gesellschaftspolitischer Entwicklungen. Ziel des Projektes ist es, den europaweiten Austausch zu fördern.

Die Publikation gibt nicht die Auffassung der Bundesregierung wieder. Die Verantwortung für den Inhalt obliegt den Autorinnen Katrin Lange, Sarah Molter, Jasmin Ribler, Marie Wittenius.

Wenn Sie das monatliche EU-Monitoring per E-Mail erhalten möchten, schreiben Sie uns unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Organisation an: beobachtungsstelle@iss-ffm.de